

DIE LINKE.

Fraktion im Städteregionstag Aachen

Wir sind der
"linke Zipfel in
Deutschland"



Rechenschaftsbericht 2009 - 2013

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
Die Fraktion DIE LINKE	5 - 6
Die Fraktionsarbeit	7 - 9
Beiträge Fraktionsmitglieder	9 - 17
Öffentlichkeitsarbeit	18
Veranstaltungen	19 - 22
Anfragen 2009-2013	23 - 27
Anträge 2009-2013	28 - 35
Kontakt – Impressum	36

Liebe Leserinnen und Leser,

die Wahlperiode 2009-2014 nähert sich dem Ende. Es ist Zeit, Bilanz zu ziehen nach mehr als vier Jahren Oppositionsarbeit im Städteregionstag.

Als wir im Herbst 2009 mit drei „ParlamentarierInnen“ und mehr als einem Dutzend sachkundiger BürgerInnen in das Abenteuer Kommunalpolitik starteten, merkten wir schnell, dass vieles anders läuft, als wir es von der Partei kannten. Zum einen haben wir es mit einem durch Hintergrundwissen und Sachinformationen überlegenen Verwaltungsapparat mit langjähriger Erfahrung zu tun. Dazu kommt die Ohnmacht angesichts der von EU, Bund oder Land getroffenen Entscheidungen, welche die Kommunen nur noch ausführen dürfen. Zum anderen gibt es wenig reale Einflusschancen und geringen Raum für argumentierende Auseinandersetzung in den Ausschusssitzungen – zumal als EinzelkämpferIn gegenüber den VertreterInnen der anderen Parteien.

Dennoch können wir behaupten, dass wir mit unserem Fleiß, Beharrlichkeit und einer Sachlichkeit, die auf Mätzchen und Showkämpfe verzichtete, gute Arbeit und vorzeigbare Resultate erreichen konnten. Darüber wollen wir Sie/Euch mit dieser Broschüre informieren. Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, dass wir teilweise mit anderen Fraktionen zusammengearbeitet haben, nämlich dort, wo uns ein gemeinsames Interesse verband. Selbstverständlich haben wir unsere Standpunkte nie aufgegeben: für Personalabbau, Privatisierung oder Prestigeprojekte beispielsweise ist DIE LINKE nicht zu haben. Und wir sind und bleiben die einzige politische Kraft, die das Hartz IV-System konsequent ablehnt.

Es bleibt mir abschließend all denjenigen zu danken, die zum Erfolg beigetragen haben: in erster Linie meinen FraktionskollegInnen, den Mitstreitern bei der Zeitung WIR und vor allem unserer Mitarbeiterin Annette Frankenberger.

Harald Siepman, Fraktionsvorsitzender



Gesamtfraktion vor dem Haus der Städteregion, 2010

Die Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag

Seit Oktober 2009 ist die Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag vertreten, nachdem die Partei bei der Kommunalwahl im August 2009 4,4% erreicht hatte. Die Fraktion besteht aus zwei Mandatsträgern und einer Mandatsträgerin sowie aus fünf sachkundigen Bürgerinnen und acht sachkundigen Bürgern und einem sachkundigen Einwohner.

Zuerst war von 2009 bis März 2012 Uwe F. Löhr Fraktionsvorsitzender. Im April 2012 übergab er dann den Fraktionsvorsitz an Harald Siepman, der zu dem Zeitpunkt für die Finanzen der Fraktion verantwortlich war. Stellvertretende Fraktionsvorsitzende ist seit Beginn Marika Jungblut. Zudem sind diese drei die ständigen Mitglieder im höchsten Gremium, dem Städteregionstag.

Zusätzlich sind sie noch Mitglieder in folgenden Fachausschüssen:

Harald Siepman (Stellvertreterin Marika Jungblut), (Stellvertreter Uwe F. Löhr), (Stellvertreter Manfred Lutter)	Mitglied im Städteregionsausschuss Mitglied im Verwaltungsausschuss SBZ Mitglied im Jobcenter-Beirat
Marika Jungblut (Stellvertreter Andreas Becker)	Mitglied im Ausschuss für Tourismus und Kultur
Uwe F. Löhr (Stellvertreter Dirk Makowski), (Stellvertreterin Marika Jungblut), (Stellvertreter Wolfgang Weißhuhn)	Mitglied im Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Wirtschaftsförderung und Verkehr Mitglied im Ausschuss für Rettungswesen und Bevölkerungsschutz Mitglied im Unterausschuss Modellregion Klimaschutz
(Stellvertreterin Marika Jungblut)	Mitglied in der Verbandsversammlung Sparkassenzweckverband

Zum Fraktionsvorstand gehören ebenfalls die zwei Beisitzerinnen Helga Ebel und Monika Gottfried sowie seit April 2012 der Beisitzer Manfred Lutter (vorher Hubert Heck).

Da die Vielzahl der Fachausschüsse nicht vom Fraktionsvorstand allein bewältigt werden kann, ist die Mitarbeit der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger unentbehrlich.

Hier die Ausschuss-Mitglieder und ihre StellvertreterInnen im Überblick:

Robert Boltz (Stellvertreter Manfred Lutter)	Mitglied im Personalausschuss
Albert Borchardt (Stellvertreter Hubert Heck)	Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz
Helga Ebel (Stellvertreterin in beiden Fällen Linda Boltz), (Stellvertreterin Monika Gottfried)	Mitglied im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demografischen Wandel, Mitglied der kommunalen Gesundheitskonferenz
Fayssal El-Sarout (Stellvertreterin Annette Frankenberger)	Mitglied der Pflegekonferenz Mitglied im AK MigrantInnen
(Stellvertreter Andreas Becker)	Mitglied im Integrationsbeirat Mitglied im Seniorenbeirat
Monika Gottfried (Stellvertreterin Adelheid Pulinna) (Stellvertreter Dirk Makowski)	Mitglied im Partnerschaftsbeirat Mitglied im Wahlprüfungsausschuss
Hubert Heck (Stellvertreterin Monika Gottfried)	Mitglied im Schulausschuss
Christa Kerinnis (Stellvertreterin Marika Jungblut)	Mitglied im Kinder- und Jugendhilfeausschuss
Manfred Lutter (Stellvertreterin Christa Kerinnis) (Stellvertreterin Monika Gottfried)	Mitglied in der Sozialkonferenz Mitglied im Bau-Ausschuss
Manfred Schallenberg (Stellvertreter Wolfgang Weißhuhn)	Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss
Wolfgang Weißhuhn (Stellvertreter Harald Siepmann)	

Im Fraktionsbüro ist Annette Frankenberger als Fraktionsmitarbeiterin tätig.

Die Fraktionsarbeit im Résumée

Während der vergangenen Jahre arbeitete die Fraktion beständig unter Berücksichtigung der drei Mottos:

„Konsequent Sozial“

Hier war die Fraktion aktiv in den Bereichen:

Arbeitsmarkt/Jobcenter mit immer wieder neuen kritischen Anträgen und Anfragen u.a. zu Missständen im Umgang mit Leistungsberechtigten, zur Umsetzung der Bürgerarbeit, zur Anwendung der KdU (Kosten der Unterkunft), zum Team Ordnungswidrigkeiten und Ermittlungsdienst, zur Einrichtung einer Ombudsstelle, zur Ernennung eines Armutsbeauftragten, zur Berücksichtigung des Tarifreue- und Vergabegesetzes NRW und vieles mehr. Erwähnenswert ist hier vor allem der in 2013 erfolgreiche Ergänzungsantrag zum Thema „Konzept zur Sicherung von Arbeitsplätzen in produktionsintensiven Unternehmen“. Hier forderte die Fraktion die Verwaltung auf, die von Standortschließung bedrohten und befähigten interessierten Beschäftigten künftig bei der beabsichtigten Übernahme des Betriebes oder von Betriebsstellen tatkräftig zu unterstützen.

Gesundheit z.B. mit der durch konkrete Vorschläge gestützten Forderung einer ausführlichen Gesundheitsberichterstattung, welche trotz anfänglicher Ablehnung derzeit unter Begründung einer Arbeitsgruppe Berücksichtigung findet. Auch die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle beim Gesundheitsamt im Bereich Infektionsschutz stellte die Fraktion wiederholt in ihren Haushaltsplan ein.

Bildung mit der Frage nach der Verwendung der Restmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, die auf Forderung der Fraktion benachteiligten Kindern zustanden und nicht wie dann geschehen in den städteregionalen Haushalt einfließen In 2013 wurde dann erfolgreich für die Weiterführung des VabW gestimmt. Zuletzt hatte die Fraktion sich mit dem Thema akuter Personalmangel an Förderschulen der STR AC beschäftigt und wird sich hier u.a. beim Thema Umsetzung des Inklusionsplans auch im neuen Jahr weiter engagieren.

Öffentliche Daseinsvorsorge mit der Forderung an die Sparkasse AC, ihre Dispozinsen zu senken, was in der Sparkassenzweckverbandsversammlung abgelehnt wurde. Einige Monate später konnte man der Presse entnehmen, dass die Sparkasse ihre Zinsen um 0,5% gesenkt hat. Auch die Energieversorger der Städteregion wurden zur Einführung eines Sozialtarifes für Strom und Gas aufgefordert, was leider weder dort noch im Städteregionstag auf Zustimmung stieß. Die ständigen Busausfälle wurden ebenso thematisiert wie die Beschwerden über zu lange Wartezeiten beim Ausländeramt. Im Bereich Verkehr setzen wir weiterhin auf den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, auch im grenzüberschreitenden Bereich.

„Konsequent Ökologisch“

Im Bereich Umwelt- und Klimaschutz machte die Fraktion durch ihren Antrag auf die Gefahren von Fracking aufmerksam. Zudem wurden einige Missstände aufgedeckt, wie z.B., dass die Städteregion nicht über einen Notfallplan verfügt im Falle einer nuklearen Katastrophe im belgischen AKW Tihange. Hierzu wollten wir auch wissen, welche rechtlichen Schritte auf europäischer Ebene möglich sind, um eine langfristige Weiterführung des AKWs zu verhindern. Hier wird die Fraktion im neuen Jahr weiter am Ball bleiben. Des Weiteren fordert die Fraktion bereits seit Jahren, die Einrichtung eines Klimafonds zur energetischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden in den städteregionalen Haushalt einzustellen. Auch ein Ideenwettbewerb zur Stadtdurchgrünung wurde durch uns initiiert und wird im neuen Jahr im Unterausschuss Modellregion Klimaschutz diskutiert werden.

„Konsequent Demokratisch“

Als Erfolg zu werten ist die Tatsache, dass auf Initiative der Fraktion hin die Einwohnerfragestunde in allen Fachausschüssen zu finden ist, und nicht wie anfänglich nur im Städteregionsausschuss, im Städteregionstag und im Kinder- und Jugendhilfeausschuss. Als Hilfsmittel für interessierte Bürger und Bürgerinnen hat die Fraktion zudem den informativen Flyer „Mitgestalten/Einfluß“ erstellt. Die vom Aachener Friedenspreis vorgelegte Resolution zur Beendigung jeder Kooperation zwischen Schulen und Bundeswehr wurde leider nur von uns unterstützt. Auch die Resolution „Vermögenssteuer jetzt“ konnte mit den Stimmen von SPD und Linken keine Mehrheit finden. Unserem Antrag auf Öffentlichkeit betreffend die Verlagerung von Räumlichkeiten der Abendrealschule/ Abendgymnasium wurde jedoch zugestimmt, so dass hier einige Betroffene in der Einwohnerfragestunde ihre Fragen/Anmerkungen äußern konnten. Zum Ende dieses Jahres konnte die Fraktion dann durch ihren Antrag betreffend die Suspendierung des Schulamtsdirektors der STR nochmal dafür sorgen, dass darüber ausführlich informiert wurde.

Im letzten Jahr kam dann noch das Motto „**Konsequent Transparent**“ hinzu. Zum Thema Transparenz und Korruptionsbekämpfung hatte die Fraktion bereits 2011 den Antrag auf Mitgliedschaft der STR bei Transparency International Deutschland e.V. gestellt, jedoch dann aufgrund massiver Ablehnung wieder zurückgezogen. Dennoch blieb die Fraktion am Thema Transparenz dran und konnte im Laufe des vergangenen Jahres hier auch Erfolge erzielen. Unsere Anfrage auf Befangenheit der Aufsichtsratsmitglieder der MVA Weisweiler in Verhandlungen mit der RWE sowie auf Darstellung der Gesellschaftsstruktur der MVA wurden genauso berücksichtigt, wie unser Antrag auf Sachstandsbericht zur Müllverbrennungsanlage Weisweiler im öffentlichen Teil des Städteregionstages am 18.07.13. Auch unser Antrag auf alljährliche Veröffentlichung der Bezüge der Geschäftsführung und der Aufsichtsratsmitglieder der enwor GmbH wurde trotz anfänglicher Verzögerungen am Ende sogar einstimmig beschlossen. Beachtlicherweise legte die Städteregion im Laufe des Jahres einen Vergabebericht mit Informationen und Zahlen zu den von der Städteregion vergebenen Aufträgen vor, nachdem ein Antrag unserer Fraktion im Jahr davor noch abgelehnt worden war. Ein bisschen Druck von unserer Seite war allerdings notwendig, um diesen Sinneswandel herbeizuführen.

Alles in allem blicken wir als kleine Oppositionsfraktion durchaus mit Stolz auf unsere Arbeit der letzten Jahre zurück. Letztendlich haben wir im Rahmen des Möglichen einige „Achtungserfolge“ erzielt und werden auch in 2014 unserer politischen Arbeit mit der bisher gezeigten Einsatzkraft weiter nachgehen.

Annette Frankenberger, Fraktionsassistentin, zu ihrer Arbeit im Fraktionsbüro:

Als ich im April 2010 den Sprung ins kalte Wasser wagte und meine Arbeit als Fraktionsassistentin antrat, war das für mich, und wie sich herausstellte für alle anderen Fraktionsmitglieder auch, eine gänzlich neue Herausforderung. Die Fraktion hatte ihre Arbeit bereits im Oktober 2009 aufgenommen und meine Aufgabe bestand darin im Fraktionsbüro für eine gut strukturierte Organisation zu sorgen. In der Zeit von 2010 bis 2013 habe ich unter Mithilfe einzelner Fraktionsmitglieder eine für alle zufriedenstellende Arbeitsweise entwickelt.

Die Protokolle der Fraktionsvorstands- sowie der Gesamtfraktions-sitzungen werden allesamt von mir als Schriftführerin verfasst und per Mail versandt. Selten gab es dazu bisher Beanstandungen, was wahrscheinlich auf die „gute Verpflegung“ (Kekse/Chips/Salzstangen) der Fraktionsmitglieder während der Sitzungen zurückzuführen ist.

Was die bergeweise im Fraktionsbüro eingehenden Sitzungsunterlagen (ca. 500/Jahr) anbelangt, so sorge ich dafür, dass diese den zuständigen Ausschussmitgliedern und auch ihren Stellvertretern in bereits vorgeordneter Form möglichst pünktlich zugehen. Für den Fall, dass man sich Sitzungsunterlagen nochmal im Büro ansehen will, sind diese selbstverständlich auch dort, in Ordnern katalogisiert, zu finden. Die Organisation von Fraktionssitzungen, Fraktionsveranstaltungen u.a. läuft größtenteils über das Fraktionsbüro. Auch die Terminplanung der regelmäßig eingehenden Einladungen zu den diversen Veranstaltungen wird hier geregelt. Die Anmeldungen dafür erfolgen in der Regel über die Geschäftsstelle.

Die Fraktionsbücherei, die mittlerweile 65 Bücher und 7 DVDs aufweist, wird von mir verwaltet. Seit Januar 2013 ist die Fraktion auch bei Facebook zu finden (<https://www.facebook.com/linksfraktionstaedtereionaaachen?ref=hl>). Diese Seite wird von mir in Zusammenarbeit mit Marika Jungblut verwaltet. Veröffentlicht werden dort unsere Veranstaltung, sowie z.B. Anträge/Anfragen, Pressemitteilungen und alles was die Städtereion AC sonst noch betrifft. Auch Recherchearbeit gehört zu meinen Aufgaben. So habe ich z.B. für unseren Antrag auf Einrichtung einer Ombudsstelle alle in Deutschland bereits tätigen Ombudsleute ermittelt und persönlich kontaktiert wegen eines schriftlichen Sachstandsbericht zu ihrer Arbeit. Dies diente zur Bekräftigung unserer Forderungen, genauso wie die erneute Befragung der Ombudsmänner/frauen ein Jahr später.

Nicht zu vergessen die alljährliche anfallenden Jubiläen, Verabschiedungen, runden Geburtstag, Jahresendfeiertage und sonstige Feiern für die kleine Geschenke und Karten organisiert werden müssen. Abschließend kann ich bestätigen, dass die Arbeit der Fraktion über die Jahre kontinuierlich an Sicherheit und Effektivität gewonnen hat. Von einer anfänglich von anderen größeren Fraktionen belächelten Fraktion ist sie durch ihre aussagekräftige politische Arbeit zu einem durchaus ernstzunehmenden Parlamentsmitglied herangewachsen. Ich wünsche mir jedenfalls nach den anstehenden Kommunalwahlen weitere Jahre guter Zusammenarbeit.

Weitere Beiträge von Mitgliedern der Fraktion zu ihrer Arbeit:

Marika Jungblut:

Für DIE LINKE bin ich seit Okt. 2009 Mitglied des Städtereionstages und im Ausschuss für Kultur und Tourismus tätig. Letzterer befasst sich vornehmlich mit der Beschaffung von Fördergeldern für den Ausbau des Tourismus in der Eifel sowie des Kulturfestivals und des KUK Monschau. Somit sind auch bei der Mehrzahl der Vorlagen keine wirklichen Beschlussfassungen vorgesehen, sondern lediglich eine „zur Kenntnisnahme“. Andere wiederum enthalten Sachstandsberichte über Projekte, die bereits über einen längeren Zeitraum laufen (RAVeL Route) oder beinhalten Anträge zu Zuschüssen der Brauchtumspflege. Umfassender sind Vorlagen zur IRR (Innovationsregion Rheinische Revier), welche sich mit der Zukunft des Gebietes des Tagebaus beschäftigen. Einflussmöglichkeiten sind unsererseits nur sehr gering. Jedoch versuchte ich im Ausschuss mit stetigem Nachfragen bei nicht klar definierten finanziellen oder personellen Auswirkungen sowie fehlenden Zahlen und Berechnungen zumindest darauf aufmerksam zu machen und forderte hierzu Nachträge oder Aufklärung. Dies führte zwar meist nicht zu dem erhofften Erfolg. Aber als LINKE zeigen wir der Verwaltung wie auch den anderen Fraktionen, dass wir die Vorlagen nicht einfach ungeprüft durchwinken.

Wenn es meine Zeit erlaubt, besuche ich Sitzungen der umliegenden Kommunen, vornehmlich bisher im Nordkreis, wenn die Tagesordnung Themen aufzeigt, die sich mit denen der Städtereion überschneiden (z. B. Abholzung Wurmatal...). Der Besuch von Veranstaltungen, vornehmlich zu den Themenbereichen Frauen, Alleinerziehende, Bildung, Sucht, Umwelt... gehörten ebenfalls zu meinem Aufgabenbereich, da sich hier, neben den Informationen auch die Kontakte zu Organisationen im Gespräch festigen lassen.

Transparenz und Bürgerbeteiligung haben für mich einen hohen Stellenwert, weshalb ich immer wieder versuche, einer Nichtentsprechung entgegen zu wirken. Beispielsweise mit unserem Antrag auf „Öffentlichkeit des nichtöffentlichen TOPs – Verlagerung von Räumlichkeiten des Abendgymnasiums/ Abendrealschule“ nebst Pressemitteilung. Somit konnte die Einwohnerfragestunde von den Betroffenen genutzt werden. Hier handelte es sich um eine Angelegenheit mit höchstem öffentlichem Interesse, wo hinter verschlossenen Türen ohne die Betroffenen Fakten geschaffen werden sollten. Ebenso verhielt es sich mit unserem Antrag zum „Sachverhalt der Situation der Förderschulen und der Suspendierung des Schulamtsdirektors“

Neben der Facebookseite, die ich mit Annette Frankenberger gemeinsam betreue habe ich auch einige Artikel für die WIR verfasst und an unserem Flyer „Mitgestalten/Einfluß“ für mehr Bürgerbeteiligung mitgewirkt. Für das Kommunalpolitische Wahlprogramm 2014 habe ich die Vorlage zum Kapitel „Bürgerbeteiligung und „Korruptionsbekämpfung“ skizziert, welche als Grundlage zur weiteren Bearbeitung diene.

Uwe F. Lühr:

Im Jahre 2013 wurden von mir insbesondere folgende Themenfelder in die politische Diskussion eingebracht bzw. bearbeitet:

- Unterstützung von Belegschaftsbeteiligungen oder –übernahmen durch die städteregionale Verwaltung bei von Schließung bedrohten Standorten
- Prüffolgen von Befangenheitstatbeständen bei der Müllverbrennungsanlage Weisweiler
- Die künftige Veröffentlichung der individualisierten Geschäftsführergehälter und Aufsichtsratsvergütungen bei der enwor GmbH (einer Mehrheitsbeteiligung der StädteRegion Aachen)
- Ideenwettbewerb für künftige Stadt- bzw. Ortsdurchgrünungen
- Auslotung europarechtlicher Möglichkeiten zum Betriebsstopp des AKW Tihange
- Auskunftersuchen bei der BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht)
- Weitergehende Auskünfte der Sparkasse Aachen zur deren Struktur der Risikovorsorge (und damit zur Eigenkapitalstruktur)
- Beteiligung an drei Akteneinsichten bei Auftragsvergaben im Rahmen der Erstellung eines grundsicherungsrelevanten Mietspiegels, der Anschaffung eines LKW für die Rettungskräfte und eines Grundstückankaufs

Daneben konnte ich ratsuchenden Bürgern durch Interventionen zielführend behilflich sein

Albert Borchardt:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz trifft sich in der Regel viermal im Jahr. Insgesamt 18 Mitglieder gehören dem Ausschuss an, und DIE LINKE ist stimmberechtigt. Das heißt, bei Beschlussvorlagen wird in der Fraktion über Zustimmung oder Ablehnung beraten. Eine gute Vorbereitung erleichtert den Mitgliedern in der Fraktion, sich zu positionieren. In der ersten Hälfte der Legislaturperiode befassten sich viele Vorlagen mit der Angleichung von Aufgaben- und Zuständigkeitsbereiche aus dem Altkreis und der Stadt Aachen. Die Gestaltungsmöglichkeiten durch den Ausschuss sind sehr unterschiedlich. Bei Aufgaben, die in kommunaler Hoheit liegen, die unmittelbar in den jeweiligen Kommunen der Städteregion eigenständig entschieden werden, ist die Einflussnahme sehr gering. Eine nicht zu unterschätzende Möglichkeit ist, über Anfragen und Anträge auf Probleme aufmerksam machen zu können. So wurde durch unsere Fraktion schon sehr frühzeitig auf die Gefahren des Fracking aufmerksam gemacht. Mit zeitlicher Verzögerung haben sich dann alle Parteien im Ausschuss eindeutig gegen Fracking ausgesprochen. Ebenso wurde auf die Problematik der Atomkraftwerke Borssele und Tihange und die Möglichkeit, Einspruch gegen Planungen zu erheben, hingewiesen. Sehr viele Vorlagen sind zur Kenntnisnahme, und Diskussionen können letztendlich die Position der Fraktion verdeutlichen. Anträge, die zum Beispiel Bauprojekte wie etwa Fahrradwege betreffen durchlaufen den Ausschuss als Vorberatung. Hier ist eine erste Positionierung der Fraktion möglich. Endgültig werden sie im Städteregionsausschuss oder Städteregionstag verabschiedet. Eine angenehme Unterbrechung der Ausschusssitzung sind Vorträge und Präsentationen durch externe Referenten. Auch als kleine Fraktion ist es wichtig, in diesem Ausschuss vertreten zu sein und immer wieder soziale Angelegenheit mit Umwelt- und Klimabelangen zu verbinden. Eine intakte Umwelt und eine sichere Energieversorgung müssen für jeden bezahlbar und erlebbar sein und dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen.

Helga Ebel:

Für DIE LINKE bin ich seit 2009 als sachkundige Bürgerin im Ausschuss Soziales, Gesundheit, Senioren, der Kommunalen Gesundheitskonferenz sowie stellvertretend in der Pflegekonferenz tätig. In diesen Gremien verrete ich kontinuierlich die Position, dass kommunale Gesundheitspolitik ohne Alternative ist, um den Gesundheitszustand der Bevölkerung auf Dauer zu sichern und zu fördern: Der öffentliche Gesundheitsdienst ist dazu da, das Recht auf Gesundheit auch für diejenigen zu realisieren, die aus eigener Kraft und Anstrengung nicht in der Lage sind, dieses Recht wahrzunehmen.

Das Ziel, mit Prävention und mit rehabilitativen Maßnahmen zu erreichen, dass Menschen möglichst nicht krank werden sowie, dass Erkrankungen nicht erneut auftreten, oder sie zumindest ins hohe Alter zu verschieben, wird von mir konsequent bei allen Sitzungen zu den unterschiedlichsten Tagesordnungspunkten eingebracht (nachzulesen in den veröffentlichten Protokollen).

Zur Entwicklung von regionalen Gesundheitszielen und Handlungsoptionen bezogen auf die Lebenslagen der EinwohnerInnen arbeite ich für DIE LINKE unter Leitung des Geschäftsstellenleiters „Gesundheitsmanagement“ beim Gesundheitsamt in einer kleinen Arbeitsgruppe aktiv mit konstruktiven Beiträgen mit.

Zur kommunalen Gesundheitsberichterstattung, zu Vorlagen der Verwaltung und zu Problemen in der Gesundheitsversorgung wurden Anträge, Anfragen und Anregungen (35) eingebracht. Damit der öffentliche Gesundheitsdienst in der Region den angemessenen Stellenwert erhält, hat DIE LINKE im Rahmen der Haushaltsplanung stets mehr Personalstellen für das Gesundheitsamt gefordert.

Festzustellen ist, dass es für mich als Vertreterin einer Oppositionspartei anfangs nicht leicht war, gute und wichtige Beiträgen zum Erfolg zu bringen. Das hat sich erfreulicherweise etwas gebessert. Wir werten es auch als Erfolg, wenn unsere Vorschläge uns als Lösungen der anderen Fraktionen später wieder begegnen.

Parlamente sind für Linke der Arm der Bevölkerung zu politischen Entscheidungen. Dazu benötigt die Öffentlichkeit Kenntnisse und Hintergrundwissen. So hatte ich für jede Ausgabe der WIR ein gesundheitspolitisch relevantes Thema bearbeitet.

Aktuelle Anlässe für Pressemitteilungen waren u.a.: Rehakliniken in Aachen, elektronische Gesundheitskarte, Patientenrechtegesetz, ‚MZ -Patient Krankenhaus‘.

Für unser Kommunalpolitisches Wahlprogramm 2014 habe ich die Kapitel Gesundheit, Pflege, Bürgerinnenbeteiligung und Korruptionsbekämpfung mitverfasst. Es geht um viel! Ich werde mit ganzer Kraft so weitermachen. Versprochen!

Fayssal El-Sarout:

In den letzten Jahren habe ich als sachkundiger Einwohner, und in Vertretung der Fraktion in 2 Ausschüssen gearbeitet; in dem“ Arbeitskreis der kommunalen Migrantenvvertretung“ und in dem Beirat „Gemeinsam in der Städteregion, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“.

Bei den Sitzungen des AK der kommunalen Migrantenvvertretung haben wir die Belange und Probleme der Migranten behandelt. Wir haben fast bei jeder Sitzung einen Vortrag von erfahrenen Referenten zu migrationsrelevanten Themen gehört. Die Referate waren sehr informativ und die anschließende Diskussion sehr anregend. Die Vertreter der Integrationsräte haben über ihre Aktivitäten in den verschiedenen Kommunen der Städteregion berichtet. In den letzten Monaten haben wir die Entstehung des „Kommunalen Integrationszentrums“ begleitet, und wir hoffen, dass das Thema Integration bei den Behörden und bei der Bevölkerung eine neue Qualität erlangt. Bei dem Beirat „Gemeinsam in der Städteregion, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“ hatten wir u.a. über Förderanträge zu entscheiden. Es wurden jedes Jahr mehrere Vereine, Gruppen, Initiativen etc., die sich für ein besseres Zusammenleben und gegen Rassismus engagieren, mit kleinen Geldmitteln gefördert. Für mich war die Arbeit in den beiden Gremien sehr informativ und lehrreich. Es ist erstaunlich und erfreulich, wie viele Bürger in der Städteregion sich ehrenamtlich für ein besseres Zusammenleben engagieren. Diese Erfahrung gibt mir Hoffnung auf ein Wandel zum Besseren in unserer Gesellschaft und, dass soziales Engagement sich immer lohnt. Ich bin daher auch weiterhin bereit meine Arbeit in diesen beiden Gremien fortzusetzen.

Manfred Lutter:

Zunächst möchte ich mit ein paar allgemeinen Worte anfangen. Blickt man auf die politische Arbeit zurück, kann man mit Stolz sagen, wir haben uns vom politischen Nobody zu einem respektierten Bestandteil der regionalen Politik gemauert, den man nicht so einfach übersehen sollte - zumindest bei den meisten Akteuren der Politlandschaft. Aus meiner persönlichen Warte, aber so ging es wahrscheinlich vielen von uns, wurde ich zunächst teils mit Vorsicht behandelt, teils nicht ganz ernst genommen und im Grunde als zu vernachlässigen betrachtet. Dieses Bild hat sich wesentlich verändert, auch wenn nicht alles zum Erfolg führte. In einem Satz, es vollzog sich ein Wandel zum respektierten, ernst zu nehmenden politischen Gegner und eben nicht weltfremder roter Socke.

Vor vier Jahren hieß es also, Ring frei zur Runde 1. Die Arbeit im KJHA ließ allerdings wenig Möglichkeiten Wirkungstreffer zu erzielen, mit Ausnahme einer Grundsatzdebatte in Sachen Sozialisation in Verbindung mit dem Thema „Frühe Hilfen“ und der größeren Einbindung von Bürgern mit Migrationshintergrund. Ansonsten ging es im Wesentlichen um die Fortschreibung bestehender Programme pp, die bereits in grauer Vorzeit beschlossen wurden. Anders stellte sich die Situation in der Sozialkonferenz dar. U. a. wurde hier seitens der Linken initiiert und erfolgreich erarbeitet, dass die kostenpflichtigen Nummern des Jobcenters nun Geschichte sind. Mit dem Antrag auf Einsetzung eines Armutsbeauftragten haben wir dann richtig für Wirbel gesorgt. Insbesondere lockte das sowohl CDU als auch Grüne ziemlich aggressiv aus der Deckung. Wie zu erwarten führte unser Ansinnen nicht zum Erfolg. Ein weiterer Schwerpunkt war das Thema Inklusion. Wohl zu wenig ernst genommen gab es im Bereich der schulischen Inklusion nur vereinzelte Diskussionen, in denen ich mehrmals, aus Eigenerfahrung und aktuellem Informationsstand heraus, vor der geplanten Umsetzung warnen musste, aber jeweils mit verharmlosenden und basisarmen Argumenten in die Ecke des „Bedenkenträgers“ manövriert wurde. Um jedoch zu dokumentieren, dass man die Anliegen ernst nahm, wurden jeweils die Armutskonferenz und Inklusionskonferenz ins Leben gerufen. Beides wird mit einer Menge Ressourcen an Personal und Zeit betrieben. Hervorgebracht haben sie jedoch lediglich eine Menge an Papier, wobei die Inklusionskonferenz als Fazit feststellt, dass man für fast alle Maßnahmen Geld braucht, aber gleichzeitig attestiert, dass keins da ist. Auch die Armutskonferenz stellte sich selbst ein Armutszeugnis, da auf viele Worte bis dato keine Taten folgten. Aber man sieht sich ja immer zweimal und konsequentes Nachsetzen im Kampf führt häufig zum Erfolg. Ich denke, dass die beiden Themen nochmal Ansatz für einen zweiten Angriff sein werden. Nur über Armut zu reden, hilft Ihnen nicht, das tun viele. Und das Thema Inklusion hat und wird durch die jüngsten Ereignisse im schulischen Bereich der STR eine andere Dimension erreichen. Ich möchte auch weiterhin mit unbedingtem Siegeswillen im Ring stehen, „fly like a butterfly and stick like a bee“, allerdings begründet durch mein Steckenpferd Inklusion bevorzugt im Schulausschuss. Bauausschuss.

Manfred Schallenberg:

Der Bauausschuss der Städteregion Aachen setzt sich zusammen aus Mitgliedern der in den Städteregionstag gewählten Parteien. Im Bauausschuss ist die DIE LINKE mit einem Mitglied vertreten. Die Arbeit des Bauausschusses besteht im Wesentlichen darin, die städteregionalen Immobilien und die Infrastruktur auf Schäden zu untersuchen und betriebsbereit zu halten. Dies können Schulen, Kindergärten, Feuerwehren, Straßen, Radwege und ähnliches sein.

Zur Begutachtung werden durch die Verwaltung entweder im Vorfeld bereits entsprechende Vorlagen zur Abstimmung bereitgestellt, oder es werden Anträge der jeweiligen Parteien zu bestimmten Themen gestellt. Vor den jeweiligen Bauausschusssitzungen finden Fraktionssitzungen statt. Bei diesen Fraktionssitzungen werden die zur Abstimmung anstehenden Tagesordnungspunkte des Bauausschusses durchgesprochen und ein Meinungsbild festgestellt. Anhand dieses Meinungsbildes stimmt das Bauausschussmitglied dann im Bauausschuss.

Die Ausschusssitzungen finden etwa 4 bis 6 mal jährlich statt und bestehen aus einem öffentlichen und einem nichtöffentlichen Teil. Im nichtöffentlichen Teil werden v.a. Punkte behandelt, die sich mit Vergaben oder Verträgen beschäftigen. So können über Maßnahmen, die wenige hundert Euro kosten, genauso abgestimmt werden wie über Maßnahmen, die in den Millionenbereich gehen.

Es können auch Sitzungen mit anderen Ausschüssen zeitgleich stattfinden, so zum Beispiel beim Bau der RaVel Route (Fahrradpremium – Wanderweg von Aachen bis Luxemburg) gemeinsam mit dem Tourismus-Ausschuss.

Es gibt Maßnahmen, die kurzfristig sind oder sich über einen längeren Zeitraum hinziehen (z.B. die Problemlösung der Bahnunterführung in Eschweiler-Stich oder die Beseitigung der Bergbauschäden an der Erich-Kästner – Förderschule in Eschweiler). Der Bauausschuss gehört zu den interessantesten Ausschüssen, weil es hier bei der Vergabe von Aufträgen mit höheren Summen zu Korruption kommen könnte. Hier müssen wir immer wachsam sein! Aus zeitlichen, persönlichen Gründen stehe ich jedoch in der nächsten Legislaturperiode leider nicht mehr zur Verfügung.

Wolfgang Weißhuhn:

Der Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) tritt dreimal jährlich zusammen. Er besteht insgesamt aus 12 Mitgliedern, ich bin als beratendes Mitglied für unsere Fraktion dabei. Das Rechnungsprüfungsamt legt zu jeder Sitzung umfangreiche Berichte und Nachberichte seiner Arbeit vor: Jahresabschlüsse, Prüfung von Gesellschaften, Verbänden und Vereinen, an denen die StädteRegion beteiligt ist, Prüfungen von Bauabrechnungen, Berichte der Gemeindeprüfungsanstalt NRW. Berichtet wird zusätzlich über die Prüfungstätigkeiten in einzelnen Fachämtern (z.B. Amt für Kinder, Jugend und Familienberatung, Straßenverkehrsamt)

Die Ausschuss-Unterlagen bestehen fast ausschließlich aus Mitteilungsvorlagen und der ganze Ausschuss ist als „nicht öffentlich“ eingestuft.

Die Fraktion hatte einen Antrag auf Mitgliedschaft bei Transparency International gestellt, der vom RPA abgelehnt wurde, obwohl die Bekämpfung von Korruption ein wichtiges Ziel ist.

Unsere Anwesenheit im RPA erfordert das Einlesen in die nicht einfache Materie, damit man in etwa weiß, worum es geht. Ich finde es gut, dass wir dabei sind, auch wenn wir als kleine Oppositionsfraktion nur wenig bewirken können.

Öffentlichkeitsarbeit

Mit der Website unter der Namen www.dielinke-staedteregionstag.de verfügt die Fraktion über ein ausführliches und aktuelles Informationsangebot. Von Anfang an hat die Fraktion Wert darauf gelegt, alle Anträge und Anfragen zu veröffentlichen. Im Januar 2013 kam es zu einem Relaunch der Website, um die Übersichtlichkeit zu erhöhen. Gleichzeitig sind wir seit diesem Zeitpunkt auch in den sozialen Netzwerken mit einem Facebook-Auftritt **<https://www.facebook.com/linksfraktionstaedteregionaachen> aktiv.**

Selbstverständlich veröffentlicht unsere Fraktion auch Pressemitteilungen zu aktuellen Themen und zu unseren Arbeitsschwerpunkten. Leider ist die Berichterstattung zur Städteregion in der hiesigen Medienlandschaft im Allgemeinen noch ausbaufähig. Dennoch ist es uns gelungen, einen Teil unserer Anliegen in die Presse oder sogar in das Radio zu bringen.

Im Herbst 2010 erschien zum ersten Mal die Zeitung WIR. Diese wird herausgegeben von unserer Fraktion und der Ratsfraktion im Rat der Stadt Aachen. Unterstützung gibt es weiterhin vom Kreisverband Aachen. Die WIR informiert in erster Linie über die kommunalpolitische Arbeit der Fraktionen, bietet aber auch weitergehende Informationen zu wichtigen Themen wie der Zukunft der Energieversorgung oder den Herausforderungen im Gesundheitswesen. Mittlerweile sind 10 Ausgaben erschienen, die jeweils in einer Auflage von 25.000 von fleißigen Helfern und Helferinnen unter das Volk gebracht wurden.

Zusätzlich zur Print-Ausgabe gibt es die Website WIR-Online **www.wir-online.org**, die neben den Beiträgen der Zeitung zusätzlich aktuell über die kommunalpolitische Arbeit in der Städteregion informiert.

Zur Fraktionsarbeit sind zudem in den Jahren 2011 und 2012 ausführliche Jahresberichte erschienen. Uns ist es wichtig, nicht nur die Öffentlichkeit zu informieren, sondern vor allem auch der Mitgliedschaft der eigenen Partei Rechenschaft über die Arbeit abzulegen. Zugleich dienen die Berichte als Angebot zur Mitarbeit in unserer Fraktion.

Veranstaltungen/Aktionen der Fraktion 2009-2013

Mai 2010

Podiumsdiskussion zum Thema „Was wird aus den Jobcentern?“ mit geladenen Gästen, u.a. Matthias W. Birkwald (MdB DIE LINKE), Stefan Graaf (Geschäftsführer Jobcenter der STR AC), Peter Brendel (Vorsitzender von PRO Arbeit)

August 2010

Klausur in Monschau mit Rückblick auf die Anfänge der Fraktionsarbeit, sowie Festsetzung von Schwerpunktthemen für die kommenden Jahre



Januar 2011

Filmvorstellung „Water makes money“ im Linken Zentrum in Zusammenarbeit mit dem AK Umwelt, Energie und Verkehr des KV DIE Linke Aachen

Mai 2011

Referat von Dr. Burkhard Wiebel zum Thema „Mechanismen psycho-sozialer Zerstörung und Ansätze zur Lösung“

Juli 2011

Besuch des linken Bürgermeisters der Stadt Hildburghausen, Steffen Harzer, der aus den Erfahrungen linker ostdeutscher Kommunalpolitik berichten konnte (Foto v.l.: Steffen Harzer, Harald Siepmann).



2011 + 2012

mehrere KoPoFo Seminare – u.a. mit Frank Kuschel (MdL Thüringen DIE LINKE) zum „Kommunalhaushalt – Wie man ihn liest und worauf man achten muss“; mit Christoph Nitz „Rhetorik für Kommunalpolitiker-Innen“

April 2012

die Fraktion unterstützt die Kulturrevue „Ay Carmela“ zum spanischen Bürgerkrieg im Eschweiler Talbahnhof



April 2012

Beteiligung an den Nazi-Protesten in Stolberg



Juli 2012

Eifel-Exkursion zusammen mit Mitgliedern des Baumschutzbündnisses und F.-J. Emundts vom BUND. Kritische Ortsbesichtigung verschiedener Projekte wie z.B. die RAVEL-Route, die NS-Ordensburg Vogelsang, der geplante Standort für das Pumpspeicherkraftwerk am Rursee.



August 2012

Informationsaustausch mit der SP Heerlen mit dem Ziel einer kontinuierlichen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit



Oktober 2012

Start der Veranstaltungsreihe „Kommunen im Fokus“ mit dem Thema „Umfairteilen statt Fiskalpaket“ mit den Referenten Andrej Hunko (MdB DIE LINKE + parlamentarische Versammlung des Europarates) und Ralf Welter (Vorsitzender der Katholischen Arbeitnehmer Bewegung der Diözese Aachen) mit anschließender Podiumsdiskussion

Oktober 2012

Bürgerfahrt nach Polen zur Pflege der Partnerschaft des Kreises Jelenia Góra mit der STR AC an der für die Fraktion DIE LINKE unsere sachkundige Bürgerin Helga Ebel teilnahm

November 2012

Kommunen im Fokus 2. Veranstaltung unter dem Thema „Transparenz statt demokratischer Entmündigung“ mit den Referenten: Andreas Riegel (Transparency International Deutschland e.V.) und Claudia Reischauer (Wirtschaftsjournalistin) und anschließender Podiumsdiskussion

Dezember 2012

Mitveranstaltung eines Infoabends zur Situation im Hambacher Forst

Februar 2013

Kommunen im Fokus – 3. Veranstaltung unter dem Thema „Bürgerbeteiligung/Bürgerbegehren“ – mit dem Referenten Thorsten Sterck (Mehr Demokratie e.V.) und anschließender Podiumsdiskussion (Foto v.l.: Thorsten Sterck, Marika Jungblut, Wolfgang Weißhuhn, Uwe F. Löhr, Adelheid Pulinna)



Mai 2013

Bodenzeitung in der Adalbertstraße in AC mit den Themen „Preisentwicklung bei Strom und ÖPNV“



Juni 2013

Bodenzeitung in der Grabenstraße in Eschweiler mit denselben Themen wie einen Monat zuvor in AC Stadt

August 2013

Besichtigung der MVA Weisweiler mit Vortrag und Führung durch die Geschäftsleitung



August 2013

Besichtigung von vogelsang ip mit kritischer Führung durch Sven Kraatz: die NS Ordensburg Vogelsang im Wandel zum Forum Vogelsang mit Hotel und Gästehäuser, Akademien, Bildungseinrichtungen, Sport und Freizeit

Anfragen der Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag

von 2009 bis 2013

Neben den Anträgen, die immer in den jeweiligen Fachausschüssen oder im Städteregionsausschuss und im Städteregionstag behandelt werden, hat die Fraktion zusätzlich eine Fülle schriftlicher sowie mündlicher Anfragen an den Städteregionsrat gerichtet. Dieser leitet die eingegangenen Schreiben zur Bearbeitung /Beantwortung an die zuständigen Dezernate weiter. Häufiger Ansprechpartner unserer Anfragen war u.a. auch das städteregionale Jobcenter.

Waren es zu Beginn in 2009 2 Anfragen, so steigerte sich die Zahl von 6 in 2010, 7 in 2011, 10 in 2012 kontinuierlich bis auf 20 Anfragen in 2013, was den erfolgten Lernprozess der Fraktionsarbeit aufzeigt. Hier ein zusammenfassender Überblick zu den wichtigsten Anfragen:

○ Im Dezember 2009 betraf die allererste Anfrage der Fraktion die Situation der Beschäftigten des Reinigungsgewerbes in Gebäuden der Städteregion. Dabei ging es vor allem um Vermeidung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und Niedriglöhnen. Ebenfalls im Dezember hatte die Fraktion eine Nachfrage zu Castor-Transporten (bereits erfolgte oder evtl. noch ausstehende) auf dem Gebiet der Städteregion.

○ Im Januar 2010 befasste sich eine Anfrage der Fraktion angesichts der sogenannten „Schweinegrippe-Pandemie“ mit den vorgenommenen Impfungen in Alten- und Pflegeheimen und in Schulen der Städteregion. Im Juni wurden gleich zwei Anfragen eingereicht, eine zum Thema zivil-militärische Zusammenarbeit in der Städteregion und eine zweite zum Thema Förderung der Integration von MigrantInnen in den regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt inner- und außerhalb der Städteregion. Auch das Jobcenter war im August Adressat einer Anfrage zur Ausgabe von Gutscheinen an ALG-II Empfänger.

○ Das Thema Gesundheit behandelte im April 2011 eine Anfrage der Fraktion anlässlich der Novellierung des Infektionsschutzgesetzes. Hier wurde zu dessen Auswirkungen auf den öffentlichen Gesundheitsdienst der STR nachgefragt. Ebenfalls im April ging es in einer weiteren Anfrage um die Beteiligung der STR am Bildungs- und Teilhabepaket (BTP) und die Zahl der dazu eingereichten Anträge. Zudem wollten wir wissen, wie die Bekanntmachung/Bewerbung des BTP erfolgt um möglichst viele Betroffene zu erreichen/informieren. Nach der Fukushima-Katastrophe fragte die Fraktion aufgrund der Verunsicherung in der Bevölkerung betreffend eventuell verstrahlter Lebensmittel nach. Im Juni erfolgte dann eine Anfrage zur Einführung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW und dessen Umsetzung in städteregionalen Unternehmen. Im Juli wurde im Jobcenter nach dem Stand der Bürgerarbeit gefragt. Unter anderem wollte die Fraktion wissen, wie viele Plätze eingerichtet wurden und wie viele Anträge auf Einrichtung von Bürgerarbeitsplätzen in der STR eingereicht wurden. Abschließend wurde im Dezember eine Anfrage zum Schülerspezialverkehr eingereicht mit den Fragen nach Anforderungen/Kriterien an die Bewerber, sowie der Anwendung des TTVG bei Abschluss von neuen Verträgen dazu.

o Eine erste Anfrage im Januar 2012 befasste sich mit Privatisierung und (Re-) Kommunalisierung im alten Kreis AC und in der STR AC. Hier wurde z.B. gefragt, welche Unternehmen der öffentlichen/kommunalen Daseinsvorsorge in der Zeit von 1990 bis 2012 privatisiert wurden, und ob eventuelle Rekommunalisierungen geplant sind. Im Februar folgte dann eine Anfrage zu Sozialbestattungen in der STR. Betreffend die „Umsetzung der Leistungen zur Eingliederungshilfe und Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach dem SGB XII“ fragte die Fraktion unter anderem nach, ob bereits Hilfesuchende abgewiesen wurden. Im Juni erfolgte nach dem Urteil des Bundessozialgerichts vom 16.05.12 zur Angemessenheit der Kosten der Unterkunft, eine Anfrage zu den Auswirkungen des Urteils in der STR, sowie ein offener Brief dazu an den Geschäftsführer des Jobcenters, Herrn Graaf. Die städteregionalen Energieversorger EWW und enwor waren im Juli die Ansprechpartner einer Anfrage zu ihrer Einstellung bezüglich der Einführung eines Sozialtarifs für Strom und Erdgas. Zum Thema rechtswidrige Garantieverpflichtungen des Jobcenters anstelle der Gewährung von Kautionsdarlehen bei erforderlichen Umzügen fragte die Fraktion bei der städteregionalen Verwaltung ebenfalls im Juli nach. Abschließend wurde im November bei der Familienkasse eine Anfrage zu häufig vorkommenden Verzögerungen bei der Bearbeitung von Kindergeldanträgen gestellt.

o Um Mängel im Erweiterungsbau des Städteregionshauses (ein PPP-Projekt), wie Probleme mit der Heizung des Gebäudes, längerer Ausfall des Aufzuges usw. handelte es sich in einer Fraktionsanfrage im Januar 2013. Im Februar wies unsere Anfrage auf einen bereits im Oktober 2012 vom Städteregionstag einstimmig beschlossenen Klimaschutzbrief hin. Hierzu war bis dato nichts passiert, und auch unsere Anfrage konnte nur erbringen, dass die Sparkasse in Verhandlungen mit den regionalen Energieversorgern sei, bisher jedoch ergebnislos. Ein Klimaschutzbrief wie z.B. in Münster bereits erhältlich liegt bis jetzt immer noch nicht vor. Das städteregionale Jobcenter wurde im März gleich zweimal von uns angeschrieben. Einmal ging es, nach Beschwerden von Betroffenen, um die gängige Praxis bei Übergabe/Abgabe von Unterlagen im Jobcenter. Hier muss für den Überbringer ein Nachweis erbracht werden, dass seine Unterlagen abgegeben wurden. Zum zweiten ging es im März um Zielvereinbarungen zwischen dem Jobcenter und Bundesagentur für Arbeit. Da hierzu laut Jobcenter im März noch nichts vorlag, wurde im September erneut von der Fraktion nachgefragt. Zudem forderte die Fraktion vom Jobcenter eine Stellungnahme zu den in der Presse erwähnten Prämienzahlungen für Jobcenter-Führungskräfte. Auch zur MVA Weisweiler hat die Fraktion zwei Anfragen eingereicht. Bei der ersten Anfrage baten wir um Darlegung der Gesellschaftsstruktur der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG und der MVA Weisweiler Verwaltungs GmbH. Die zweite Anfrage erfolgte nach einschlägiger Berichterstattung in der regionalen Tagespresse und betraf die Befangenheit von Aufsichtsratsmitgliedern bei den Vertragsverhandlungen der MVA mit RWE. Erwähnenswert ist auch eine Anfrage im April, in der es um die Veröffentlichung von Bezügen der Geschäftsführung von enwor in deren Jahresbericht ging. Diese Anfrage endete als Antrag im Städteregionstag, und die alljährliche Veröffentlichung der Bezüge wurde dort einstimmig beschlossen. Im Bereich Bildung gab es im Mai dann eine Anfrage zu den Auswirkungen der Kürzungen der flexiblen Mittel für Vertretungslehrer des Schulministeriums MRW auf

die Städteregion. Gleich zweimal gab es Anfragen zu den Kosten der Unterkunft: Bei der ersten Anfrage im Juli ging es um die Überprüfung der Nachzahlungsansprüche der KdU, und in wie vielen Fällen eine Rückerstattung erfolgte. Die zweite Anfrage im Oktober dreht sich um die Richtlinien der KdU für die STR zur Beurteilung der Angemessenheit von KdU und die Zugrundelegung der Höchstwerte aus der Tabelle nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) solange kein schlüssiges Konzept vorliegt. Laut eines Urteils des Sozialgerichts AC waren die alten Werte nach dem WoGG überholt. Die STR erkennt jedoch das Urteil nicht an und wendet die alten Werte solange weiter an, bis das Ergebnis der Erstellung eines grundsicherungsrelevanten Mietspiegels (damit wurde eine externer Anbieter bereits Ende 2012 beauftragt) für die STR vorliegt.

Alle Anfragen an die städteregionale Verwaltung und auch an das Jobcenter müssen immer beantwortet werden. Je nach Ausführlichkeit dauert dies zwei bis maximal 6 Wochen. Manche unserer geschilderten Anfragen wurden jedoch nur sehr unzureichend beantwortet, so dass die Fraktion erneut nachhaken musste. Hierbei ist die Kontrollfunktion der gewählten Vertreter von besonderer Bedeutung.

Neben den Anträgen, die immer in den jeweiligen Fachausschüssen oder im Städteregionsausschuss und im Städteregionstag behandelt werden, hat die Fraktion zusätzlich eine Fülle schriftlicher sowie mündlicher Anfragen an den Städteregionsrat gerichtet. Dieser leitet die eingegangenen Schreiben zur Bearbeitung /Beantwortung an die zuständigen Dezernate weiter. Häufiger Ansprechpartner unserer Anfragen war u.a. auch das städteregionale Jobcenter.

Waren es zu Beginn in 2009 2 Anfragen, so steigerte sich die Zahl von 6 in 2010, 7 in 2011, 10 in 2012 kontinuierlich bis auf 20 Anfragen in 2013, was den erfolgten Lernprozess der Fraktionsarbeit aufzeigt. Hier ein zusammenfassender Überblick zu den wichtigsten Anfragen:

- Im Dezember 2009 betraf die allererste Anfrage der Fraktion die Situation der Beschäftigten des Reinigungsgewerbes in Gebäuden der Städteregion. Dabei ging es vor allem um Vermeidung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und Niedriglöhnen. Ebenfalls im Dezember hatte die Fraktion eine Nachfrage zu Castor-Transporten (bereits erfolgte oder evtl. noch ausstehende) auf dem Gebiet der Städteregion.

- Im Januar 2010 befasste sich eine Anfrage der Fraktion angesichts der sogenannten „Schweinegrippe-Pandemie“ mit den vorgenommenen Impfungen in Alten- und Pflegeheimen und in Schulen der Städteregion. Im Juni wurden gleich zwei Anfragen eingereicht, eine zum Thema zivil-militärische Zusammenarbeit in der Städteregion und eine zweite zum Thema Förderung der Integration von MigrantInnen in den regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt inner- und außerhalb der Städteregion. Auch das Jobcenter war im August Adressat einer Anfrage zur Ausgabe von Gutscheinen an ALG-II Empfänger.

o Das Thema Gesundheit behandelte im April 2011 eine Anfrage der Fraktion anlässlich der Novellierung des Infektionsschutzgesetzes. Hier wurde zu dessen Auswirkungen auf den öffentlichen Gesundheitsdienst der STR nachgefragt. Ebenfalls im April ging es in einer weiteren Anfrage um die Beteiligung der STR am Bildungs- und Teilhabepaket (BTP) und die Zahl der dazu eingereichten Anträge. Zudem wollten wir wissen, wie die Bekanntmachung/Bewerbung des BTP erfolgt um möglichst viele Betroffene zu erreichen/informieren. Nach der Fukushima-Katastrophe fragte die Fraktion aufgrund der Verunsicherung in der Bevölkerung betreffend eventuell verstrahlter Lebensmittel im Mai nach, bezüglich Lebensmitteltransporte und Strahlungsmessungen in der STR. Im Juni erfolgte dann eine Anfrage zur Einführung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW und dessen Umsetzung in städteregionalen Unternehmen. Im Juli wurde im Jobcenter nach dem Stand der Bürgerarbeit gefragt. Unter anderem wollte die Fraktion wissen, wie viele Plätze eingerichtet wurden und wie viele Anträge auf Einrichtung von Bürgerarbeitsplätzen in der STR eingereicht wurden. Abschließend wurde im Dezember eine Anfrage zum Schülerspezialverkehr eingereicht mit den Fragen nach Anforderungen/Kriterien an die Bewerber, sowie der Anwendung des TTVG bei Abschluss von neuen Verträgen dazu. Eine erste Anfrage im Januar 2012 befasste sich mit Privatisierung und (Re-)Kommunalisierung im alten Kreis AC und in der STR AC. Hier wurde z.B. gefragt, welche Unternehmen der öffentlichen/kommunalen Daseinsvorsorge in der Zeit von 1990 bis 2012 privatisiert wurden, und ob eventuelle Rekommunalisierungen geplant sind. Im Februar folgte dann eine Anfrage zu Sozialbestattungen in der STR. Betreffen die „Umsetzung der Leistungen zur Eingliederungshilfe und Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach dem SGB XII“ fragte die Fraktion unter anderem nach, ob bereits Hilfesuchende abgewiesen wurden. Im Juni erfolgte nach dem Urteil des Bundessozialgerichts vom 16.05.12 zur Angemessenheit der Kosten der Unterkunft, eine Anfrage zu den Auswirkungen des Urteils in der STR, sowie ein offener Brief dazu an den Geschäftsführer des Jobcenters, Herrn Graaf. Die städteregionalen Energieversorger EWW und enwor waren im Juli die Ansprechpartner einer Anfrage zu ihrer Einstellung bezüglich der Einführung eines Sozialtarifs für Strom und Erdgas. Zum Thema rechtswidrige Garantierklärungen des Jobcenters anstelle der Gewährung von Kautionsdarlehen bei erforderlichen Umzügen fragte die Fraktion bei der städteregionalen Verwaltung ebenfalls im Juli nach. Abschließend wurde im November bei der Familienkasse eine Anfrage zu häufig vorkommenden Verzögerungen bei der Bearbeitung von Kindergeldanträgen gestellt.

o Um Mängel im Erweiterungsbau des Städteregionshauses (ein PPP-Projekt), wie Probleme mit der Heizung des Gebäudes, längerer Ausfall des Aufzuges usw. handelte es sich in einer Fraktionsanfrage im Januar 2013. Im Februar wies unsere Anfrage auf einen bereits im Oktober 2012 vom Städteregionstag einstimmig beschlossenen Klimasparrbrief hin. Hierzu war bis dato nichts passiert, und auch unsere Anfrage konnte nur erbringen, dass die Sparkasse in Verhandlungen mit den regionalen Energieversorgern sei, bisher jedoch ergebnislos.

Ein Klimasparrbrief wie z.B. in Münster bereits erhältlich liegt bis jetzt immer noch nicht vor. Das städteregionale Jobcenter wurde im März gleich zweimal von uns angeschrieben. Einmal ging es, nach Beschwerden von Betroffenen, um die gängige Praxis bei Übergabe/Abgabe von Unterlagen im Jobcenter. Hier muss für den Überbringer ein Nachweis erbracht werden, dass seine Unterlagen abgegeben wurden. Zum zweiten ging es im März um Zielvereinbarungen zwischen Jobcenter und Bundesagentur für Arbeit. Da hierzu laut Jobcenter im März noch nichts vorlag, wurde im September erneut von der Fraktion nachgefragt. Zudem wollte die Fraktion vom Jobcenter eine Stellungnahme zu den in der Presse erwähnten Prämienzahlungen für Jobcenter-Führungskräfte. Auch zur MVA Weisweiler hat die Fraktion zwei Anfragen eingereicht. Bei der ersten Anfrage baten wir um Darlegung der Gesellschaftsstruktur der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG und der MVA Weisweiler Verwaltungs GmbH. Die zweite Anfrage erfolgte nach einschlägiger Berichterstattung in der regionalen Tagespresse und betraf die Befangenheit von Aufsichtsratsmitgliedern bei den Vertragsverhandlungen der MVA mit RWE. Erwähnenswert ist auch eine Anfrage im April, in der es um die Veröffentlichung von Bezügen der Geschäftsführung von enwor in deren Jahresbericht ging. Diese Anfrage endete als Antrag im Städteregionstag, und die alljährliche Veröffentlichung der Bezüge wurde dort einstimmig beschlossen. Im Bereich Bildung gab es im Mai dann eine Anfrage zu den Auswirkungen der Kürzungen der flexiblen Mittel für Vertretungslehrer des Schulministeriums MRW auf die Städteregion. Gleich zweimal gab es Anfragen zu den Kosten der Unterkunft: Bei der ersten Anfrage im Juli ging es um die Überprüfung der Nachzahlungsansprüche der KdU, und in wie vielen Fällen eine Rückerstattung erfolgte. Die zweite Anfrage im Oktober dreht sich um die Richtlinien der KdU für die STR zur Beurteilung der Angemessenheit von KdU und die Zugrundelegung der Höchstwerte aus der Tabelle nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) solange kein schlüssiges Konzept vorliegt. Laut eines Urteils des Sozialgerichts AC waren die alten Werte nach dem WoGG überholt. Die STR erkennt jedoch das Urteil nicht an und wendet die alten Werte solange weiter an, bis das Ergebnis der Erstellung eines grundsicherungsrelevanten Mietspiegels (damit wurde eine externer Anbieter bereits Ende 2012 beauftragt) für die STR vorliegt.

Alle Anfragen an die städteregionale Verwaltung und auch an das Jobcenter müssen immer beantwortet werden. Je nach Ausführlichkeit dauert dies bis maximal 6 Wochen. Manche unserer geschilderten Anfragen wurden jedoch nur sehr unzureichend beantwortet, so dass die Fraktion erneut nachhaken musste. Hierbei ist die Kontrollfunktion der gewählten Vertreter von besonderer Bedeutung.

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag – Anträge 10.2009 – 11.2013				
Datum	Antrag	Inhalt	Themenfeld	Weiterer Handlungsbedarf
26.10.2009	„Keine IGA auf Kosten der Zukunft der Städteregion AC“ (Beschlussvorlage 2009/0418)	Die Linke beantragt die Bewerbung für die internationale Gartenbauausstellung 2017 aufgrund der damit verbundenen finanziellen Risiken zurückzuziehen. Beim WIRT Ausschuss vom 03.12.09 wird einstimmig beschlossen die Bewerbung für die IGA zurückzuziehen – somit hat sich der Antrag erledigt.	Finanzen	Vorerst nicht, es sei denn, ein ähnliches Projekt wird durch die Hintertür eingeführt
28.10.2009	„Angemessene Kostenbeteiligung des Bundes an den Kosten für Heizung und Unterkunft bei Hartz-IV-Beziehern“ (Beschlussvorlage 2009/0013)	Die Städteregion und ihre Vertreter sollen sich auf allen Ebenen für die Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft (ALG II) einsetzen. Antrag einstimmig angenommen durch SRT im März 2010	Soziales/Hartz IV	Ja – Kontrolle inwieweit Städteregion „Druck macht“
09.02.2010	„Energie – Vision für die Städteregion“ (Beschlussvorlage 2010/0076)	Diese Vision kann Wirklichkeit werden u.a. aufgrund folgender Handlungsweisen (Antrag an den Städteregionstag, den Ausbau der Windenergie massiv voranzutreiben) Antrag abgelehnt in UMW-Ausschuss Februar 2010 wegen „Nicht-Zuständigkeit der Städteregion“	Energieversorgung/ Umwelt- und Klimaschutz	Ja – Städteregion muss zum Motor des Klimaschutzes werden auch bei formaler „Nicht-Zuständigkeit“
12.04.2010	„Public Private Partnership (PPP) im Kreis Aachen und in der Städteregion AC“ (Mitteilungsvorlage 2010/0145)	Antrag behandelt im BAU-Ausschuss im April 2010 – behandelt werden die bisherigen PPP-Projekte des alten Kreises AC – Erweiterung Kreishaus AC und Berufskolleg Eschweiler. Die Städteregion soll Auskunft geben, ob aktuell weitere PPP-Projekte geplant sind – dies wurde verneint.	Privatisierung	Ja – Einsicht in Verträge und Wirtschaftlichkeitsgutachten nehmen Aktion, wenn doch PPP-Projekte vorangetrieben werden
04.06.2010	„Erhöhung des städteregionalen Anteils an EWW durch Tausch mit RWE-Aktien (Beschlussvorlage 2010/0268)	Stärkung des kommunalen Einflusses auf die regionale Energie- und Wasserversorgung, Zurückdrängung von RWE – vertagt auf SRA vom 02.09.2010	Energieversorgung/ Rekommunalisierung	Ja – Kooperation der hiesigen Energieversorger zur Rekommunalisierung nutzen

10.08.2010	„Neugestaltung der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung im SGB II“ (Beschlussvorlage 2010/0339)	Der Antrag für den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demografischen Wandel am 22.09.2010 beinhaltet 4 Fragen an die STR zum Thema Neugestaltung der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung im SGB II.	SGB II	Weitere Bearbeitung durch den zuständigen Ausschuss abwarten
13.08.2010	Aufnahme zusätzlicher Tagesordnungspunkt für Sozialkonferenz am 14.09.2010	Bitte um einen Sachstandsbericht der ARGE zum Modellprojekt Bürgerarbeit	Bürgerarbeit	Weitere Bearbeitung durch die Sozialkonferenz abwarten
23.08.2010	„Beteiligung der STR am Aufruf der Stadt Aachen, sich dem neonazistischen Protestzug am 25.09.2010 entgegenzustellen“ (Beschlussvorlage 2010/0333)	Die Fraktion DIE LINKE in der Städteregion beantragt, dass die STR aktiv den Aufruf der Stadt AC unter dem Titel „Aachen hat keinen Platz für braunen Pöbel“ unterstützt und sich am 25.09.2010 ebenfalls gegen Rechts stellt.	Antifa	Nein – Antrag einstimmig beschlossen
08.09.2010	Antrag auf „Einrichtung einer Ombudsstelle bei der ARGE der Städteregion Aachen“ (Beschlussvorlagen 2010/0352 und 2010/0352-E1)	Die Fraktion DIE LINKE beantragt die Einrichtung einer Ombudsstelle bei der ARGE als Beschwerdestelle zu etablieren, die an diesem Punkt vermittelnd und Problem lösend agieren kann (siehe z.B. Kreis Düren, Duisburg u.a.). Eine solche Einrichtung kann helfen Verfahren vor den überlasteten Sozialgerichten zu vermeiden.	Soziales/Hartz IV	Antrag mehrheitlich abgelehnt
22.11.2010	„Künftige Entwicklung der aktiven Arbeitsmarktpolitik in der Städteregion unter dem Diktat des Sparpaketes“ (Mittlungsvorlage 2010/0488)	Dieser Antrag für den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demografischen Wandel wurde wegen des Inkrafttretens des sogenannten „Sparpaketes“ der Bundesregierung aus aktuellem Anlass gestellt und beinhaltet 6 Fragen zu den Auswirkungen.	Kommunales/ Soziales	Zur Kenntnisnahme
22.11.2010	Antrag auf „Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes durch intensivierte Berichterstattung“ (Beschlussvorlage 2010/0487)	Für den Ausschuss für Soziales (...) stellte die Fraktion ein 10 Punkte-Papier zusammen betreffend eine erweiterte kommunale Gesundheitsberichterstattung. Der Fragenkatalog wurde in	Gesundheit	Anfangs stieß der Antrag auf Ablehnung, zwischenzeitlich wurden jedoch einige der darin enthaltenen Punkte seitens der STR in die neue Gesundheitsbericht-

		die kommunale Gesundheitskonferenz weitergeleitet		erstattung mit aufgenommen
08.02.2011	„Beantragung der Mitgliedschaft bei Transparency International Deutschland e.V. durch die Städteregion Aachen“ (Beschlussvorlage 2011/0089)	Die Fraktion beantragt eine korporative Mitgliedschaft der STR bei T.I. Deutschland, da eine solche Mitgliedschaft an ein klares Bekenntnis der Kommune zur Bekämpfung von Korruption und an die Erfüllung gewisser Mindeststandards zur Korruptionsbekämpfung gebunden ist.	Transparenz/ Kommunales	Antrag abgelehnt.
13.05.2011	Antrag auf „grenzüberschreitende Tarife im ÖPNV innerhalb der Euregio“ (Beschlussvorlage 2011/0302)	Anlässlich des damals verabschiedeten Nahverkehrsplanes ergaben sich für die Fraktion einige Fragen hinsichtlich der Weiterentwicklung grenzüberschreitender Tarifangebote für Bus und Bahn in der Euregio.	Verkehr/ÖPNV	Die Fragen wurden ausführlich beantwortet.
13.05.2011	Antrag auf „Einführung eines Jobtickets für regionsangehörige Kommunen“ (Beschlussvorlage 2011/0303)	Im Ausschuss für Wirtschaftsförderung beantragt die Fraktion zu prüfen, ob eine Einführung des AVV Jobtickets für die Beschäftigten aller regionsangehöriger Kommunen durch die STR und eine Finanzierung über die ÖPNV-Umlage möglich ist.	Verkehr/ÖPNV	Antrag abgelehnt, da die Entscheidung über die Einführung des Job-Tickets jede regionsangehörige Kommune in eigener Kompetenz treffen muss.
30.05.2011	„Probebohrungen und Fracking im Gebiet der Städteregion“ (Beschlussvorlagen 2011/0279 + 2011/0528)	Im Umwelt-Ausschuss legt 11 detaillierte Fragen zum Thema Fracking und Probebohrungen, sowie den damit verbundenen Risiken vor.	Umwelt/Klimaschutz	Die Fragen wurden nur unzureichend beantwortet. Die Verwaltung sieht bis Mitte 2012 zumindest keinen weiteren Handlungsbedarf.
20.06.2011	„Moratorium – Sanktionen nach § 31 SGB II gegen Hartz IV-BezieherInnen in der Städteregion sofort aussetzen“ (Beschlussvorlage 2011/0314)	Die Fraktion beantragt, dass die Verwaltung und der Städteregionstag sich zur aktiven Unterstützung des „Bündnisses für ein Sanktionsmoratorium“ mit dem Ziel der Aussetzung des § 31 SGB II bekennt.	Soziales /Hartz IV	Laut Verwaltung besteht weder die rechtliche Möglichkeit den Antrag mitzutragen, noch die Erfordernis den Sanktionsparagrafen auszusetzen.
07.09.2011	„Antrag auf Bekanntmachung der Einwohnerfragestunde“ (Beschlussvorlage 2011/0398)	Wegen der eher spärlichen Bekanntmachung der Einwohnerfragestunde zu Beginn eines jeden Ausschusses beantragt die Fraktion eine offensivere Bewerbung	Kommunales	Der Städteregionsausschuss hält die bisherige Form der Bekanntmachung der Einwohnerfragestunde für sachgerecht und

		z. B. über lokale Radio- und TV-Sender.		ausreichend. Allerdings wurde danach auf der Website der Städteregion stets auf die Einwohnerfragestunde hingewiesen.
21.09.2011	„Sachstandsbericht Mobil-Ticket des AVV“ (Beschlussvorlage 2011/0408)	Die Fraktion bittet um die Beantwortung von 5 Fragen zum Sachstand Mobil-Ticket des AVV.	Verkehr/ÖPNV	Die Fragen wurden an den AVV weitergeleitet und von diesem ausführlich beantwortet.
27.10.2011	„Handlungsplan bei Unfall im Atomkraftwerk Tihange (B)“ (Beschlussvorlage 2011/0489)	Im Ausschuss für Rettungswesen beantragt die Fraktion, die Verwaltung der STR möge einen stufenweisen Handlungsplan erstellen (auch in Koordination mit den Nachbarstaaten), für den Fall eines atomaren Unfalls im nahegelegenen belgischen AKW Tihange.	Rettungswesen/ Umwelt	Es gibt keine besondere Notfallplanung im Hinblick auf die kerntechnische Anlage Tihange. Auch aus rechtlichen Gründen kann nichts umgesetzt werden.
21.02.2012	„Arbeitssituation der Beschäftigten im Jobcenter der Städteregion Aachen“ (Beschlussvorlage 2012/0127)	Im Personalausschuss hat die Fraktion nachgefragt (10 Fragen) wegen der Arbeitsbedingungen (Arbeitsschutz/betriebliche Gesundheitsförderung) der Job-Center-Beschäftigten.	Arbeit/Soziales	Ausführliche Beantwortung der gestellten Fragen.
08.03.2012	Antrag auf „Öffentlichkeit des nichtöffentlichen TOPs – Verlagerung von Räumlichkeiten des Abendgymnasiums /Abendrealschule“ (Beschlussvorlage 2012/0094)	Hier beantragten die Fraktionen von FDP, UWG und DIE LINKE gemeinsam im Interesse der betroffenen SchülerInnen und LehrerInnen diesen Tagesordnungspunkt im öffentlichen Teil des Schulausschusses zu behandeln, damit hier die Einwohnerfragestunde auch genutzt werden kann.	Bildung/Transparenz	Antrag angenommen.
11.04.2012	„Umsetzung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW in der Städteregion“ (Beschlussvorlage 2013/0325)	Die Fraktion bittet um Bericht über Auswirkungen und Umsetzung des neuen Gesetzes und beantragt zudem die Erstellung eines zeitnahen Vergaberichtes für jedes abgeschlossene Kalenderjahr.	Kommunales/ Finanzen	Der Vergabebericht wurde im August 2013 vorgelegt.
23.05.2012	„Bericht Team Ordnungswidrigkeiten und Ermittlungsdienst“	Da die Fraktion die Tätigkeit des Teams Ordnungswidrigkeiten sowie den	Soziales/Hartz IV	Sachstandsbericht des Jobcenters nicht zufriedenstellend

	im Jobcenter ⁴ (Beschlussvorlage 2012/0258)	Ermittlungsdienst sehr kritisch hinterfragt, wird um Bericht des Jobcenters hierzu gebeten		
03.08.2012	„ Rechtliche Reaktion betreffend die Laufzeit- verlängerung des belgischen AKWs Tihange “	Die Fraktion beauftragt die Städteregion darüber zu berichten, welche Möglichkeiten das europäische Recht bietet, gegen die jüngst beschlossene Laufzeit- Verlängerung des AKW Tihange (B) vorzugehen.	Rettungswesen/ Umwelt	Die Verwaltung will mit dem zuständigen Ministerium Kontakt aufnehmen und dazu berichten. Bis dato hat es dazu keine endgültige Antwort gegeben.
07.08.2012	„ Verwendung der Restmittel aus dem Bildungs- und Teilhabe paket “ (Beschlussvorlage 2012/0350)	In 2011 wurden ca. 3,7 Mio € aus dem Bildungs- und Teilhabepaket nicht verausgabt, daher beantragt die Fraktion einen Teil der Gelder der Förderung von Kindern und Jugendlichen in der Städteregion zuzuführen	Bildung/Soziales/ Finanzen	Aufgrund der angespannten Haushaltssituation sieht sich die Verwaltung nicht in der Lage, weitergehende Finanzmittel aus der erhaltenen Bundeserstattung zur Förderung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen einer freiwilligen Leistung zur Verfügung zu stellen. Die Gelder werden dem städteregionalen Haushalt zugeführt.
29.08.2012	„ Umsetzung des Urteils des Bundes- sozialgerichts vom 16.05.12 zur Be- willigung von Kosten der Unterkunft (KdU) in der Städteregion Aachen “ (Beschlussvorlage 2012/0366)	Die Fraktion DIE LINKE fordert, der Ausschuss für Soziales möge beschließen, dass die Städteregion das zuständige Jobcenter anweist, alle Fälle, in denen LeistungsbezieherInnen in der Vergangenheit zu geringe Kosten der Unterkunft erstattet wurden, von Amts wegen zu überprüfen und bittet um Stellungnahme zum Umgang mit dem angegebenen Urteil.	Soziales /Hartz IV	Im Jobcenter der Städteregion Aachen werden ohne separate Antragstellung durch den Leistungs- berechtigten in den nächsten Monaten alle Fälle aufgegriffen werden, in denen sich Nachzahlungs- ansprüche ergeben können.
14.11.2012	„ Einführung eines Sozialtarifs für Strom durch EWW und enwor “ (Beschlussvorlage 2012/0497) (gemeinsamer Antrag der Städteregionstagsfra- ktion und der Stadtratsfraktion)	Um einer sich vergrößernden Energiearmut, aufgrund stark ansteigender Strompreise, entgegenzuwirken beantragt die Fraktion die Einführung eines Sozialtarifs für Strom durch EWW und enwor.	Soziales /Energie	Die beiden Energieversorger sehen keine Notwendigkeit für einen Sozialtarif in der kommunalen Stromversorgung der Region. Abgelehnt im Städteregionstag
14.11.2012	„ Antrag zu “	Die Fraktion bittet um	Finanzen/	Der Antrag wurde

	Dispositions-krediten bei der Sparkasse Aachen (Beschlussvorlage 2012/0496)	Sachstandsbericht, wie die hohen Differenzen zwischen Zinssätzen von Dispositionskrediten vor Ort und von Refinanzierungskrediten bei der Zentralbank zustande kommen.	Kommunales	von der städteregionalen Verwaltung an die Sparkassenzweck-versammlung weitergeleitet und wurde dort am 28.02.2013 auch behandelt. Im Mai 2013 erfolgte bei der Sparkasse Aachen eine Senkung der Dispozinsen um 0,5 %.
20.02.2013	Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage 2012/0023: „Kulturfestival; Bilanz und Ausblick“ (Beschlussvorlage 2013/0023-E1)	Marika hat im Tourismus-Ausschuss zur Vorlage zum Kulturfestival weitere, klärende Fragen gestellt nachdem ihr einige Unstimmigkeiten/Unklarheiten aufgefallen waren.	Kultur	Die Fragen konnten einigermaßen zufriedenstellend beantwortet werden.
28.02.2013	Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage 2013/0001: „Gemeinschafts-initiative zur Vermeidung von freiheits-entziehenden Automatismen in der Pflege“	Im Sozial-Ausschuss hat die Fraktion beantragt auch Medikamente, die Bewohner und Bewohnerinnen an der Fortbewegung in der Einrichtung oder am Verlassen der Einrichtung hindern in den Katalog der zu vermeidenden Maßnahmen mit aufzunehmen.	Gesundheit/Pflege	Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt, mit der Begründung Medikamente würden in der Pflege nicht für derartige Praktiken missbraucht, sondern immer streng nach ärztlicher Verordnung verabreicht.
04.04.2013	Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage 2013/0075: „Konzept zur Sicherung von Arbeitsplätzen in produktions-intensiven Unternehmen (Antrag der CDU/Grünen im Städteregionstag)“	Dieser von den CDU/Grünen-Fraktionen gestellte Antrag wurde von der Fraktion sinnvoll erweitert, indem sie die Verwaltung beauftragte, die von Standortschließung bedrohten und befähigten interessierten Beschäftigten künftig bei der beabsichtigten Übernahme des Betriebes oder von Betriebsstellen tatkräftig zu unterstützen.	Arbeit/Wirtschaft	Der Antrag wurde einstimmig angenommen.
30.04.2013	Antrag „Sachstands-bericht MVA Weisweiler GmbH & Co. KG“	Aufgrund der kontroversen Berichterstattung in den Printmedien bat die Fraktion um einen Sachstandsbericht der Geschäftsführung betreffend die Verhandlungen zwischen RWE + der MVA.	Transparenz/ Abfallwirtschaft	Dem Antrag wurde Folge geleistet. Der Geschäftsführer Herr Koch hat im Städteregionstag am 18.07.13 ausführlich Bericht erstattet und im Anschluss die Fraktion zu einer Besichtigung der Müllverbrennungs-anlage eingeladen. Die Besichtigung erfolgte am 13.08.13.

15.05.2013	Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage 2013/0167: „Die Städteregion Aachen als Mitmachregion; Basiskonzeption zur Etablierung dauerhafter Beteiligungsinstrumente“ (Beschlussvorlage 2013/0167-E1)	Zu dieser mit 180.000€ dotierten „Mitmachregion“ hatte die Fraktion einige zusätzliche klärende Fragen. Hierbei ging es vor allem um Marketing unter dem Deckmantel von sogenannter Bürgerbeteiligung.	Finanzen	Die Beantwortung der Fragen war nicht zufriedenstellend, so dass die Fraktion für den Haushalt 2014 die Kosten um 100.000€ reduziert hat.
12.06.2013	Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage 2013/0226: „Bau des Radweges Aachen-Jülich; Vorstellung der Vorplanung und Ausbaubeschluss“ (Beschlussvorlage 2013/0226-E1)	Auch hier veranlasste die ursprüngliche Beschlussvorlage die Fraktion dazu weitere ungeklärte Fragen wie z.B. zu den Richtlinien der Forderung, die einzuhaltenden baulichen Maßnahmen, das Vorliegen der Zustimmung der Städte Alsdorf und Würselen etc.	Umwelt/Verkehr	Die Fragen wurden dahingehend beantwortet, dass die Mehrheit der STR-Fraktion dem zustimmen konnte.
03.07.2013	Antrag auf „Veröffentlichung von Bezügen im Geschäftsbericht der enwor (energie und wasser vor ort) GmbH“ (Mittelungsvorlage 2013/0270-/0270-E1 und 0270-E2)	Im Rahmen von mehr Transparenz beantragt die Fraktion, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass künftig die Bezüge der Geschäftsführung, der Aufsichtsräte und der Beiräte von enwor in deren jährlichen Geschäftsberichten veröffentlicht werden.	Transparenz	Nach anfänglichem Sträuben stimmte die Verwaltung der Forderung zu. Es gab dann noch zusammen mit der SPD eine Erweiterung dieser Forderung, nämlich in der Gesellschafterversammlung diese Veröffentlichungen dauerhaft zu beschließen. Dem wurde ebenfalls zugestimmt.
01.08.2013	„Ausfälle im Busverkehr innerhalb der Städteregion Aachen“ (Mittelungsvorlage 2013/0289)	Dieser Antrag erging als Reaktion auf die krankheitsbedingten anhaltenden Ausfälle im städteregionalen Busverkehr die sich über den ganzen Sommer bis in den Herbst hinzogen. Da Planung, Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV Aufgabe der Kreise und kreisfreien Städte ist (laut ÖPNV NRW), wollte die Fraktion wissen, was man zu tun gedenke um weiteren Ausfällen entgegen zu wirken	ÖPNV/öffentliche Daseinsvorsorge	Laut Verwaltung wurden 40 neue Fahrer (bei der ASEAG Tochter EsBus) eingestellt, und es wurde Besserung versprochen
04.09.2013	„Ideenwettbewerb Begründung in der Städte-“	Mit diesem Antrag möchte die Fraktion, dass im Unterausschuss	Umwelt	Die Sitzung des Unterausschusses wurde bis Anfang

	region Aachen“	Modellregion Klimaschutz ein Ideenwettbewerb vorbereitet wird, dessen Gegenstand die Durchgrünung der Innenstädte in der Region sein soll.		nächsten Jahres verlagt, so dass bisher noch nichts entschieden wurde. Die Fraktion hat jedoch für die Durchführung des Wettbewerbs 20.000€ in den Haushalt 2014 eingestellt
30.10.2013	„Beschwerden über lange Wartezeiten im Ausländeramt“ (Mitteilungsvorlage 2013/0424)	In Anlehnung an durch die Presse bekanntgemachte massive Beschwerden über lange Wartezeiten im Ausländeramt, bat die Fraktion um entsprechenden Stellungnahme	Ausländeramt	Der zuständige Dezernent erläuterte kurz das Problem und die eingeleiteten Maßnahmen um dies in Zukunft zu verhindern.
08.11.2013	Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage 2013/0406: „Weiterführung des Casemanagement für die Zielgruppe von Jugendlichen im SGB II Leistungsbezug der Städteregion“ (Beschlussvorlage 2013/0406-E1)	In Zusammenarbeit mit der AG Hartz IV reichte die Fraktion acht ergänzende Fragen zum Casemanagement ein.	Soziales/Hartz IV	Die Fragen wurden ans zuständige Jobcenter weitergeleitet und dort zufriedenstellend beantwortet.
14.11.2013	Sachverhalt Situation Förderschulen und Suspendierung des Schulamtsdirektors (Mitteilungsvorlage 2013/0482)	Dieser in der hiesigen Presse groß aufgezugene „Skandal“ (Beiträge hierzu sind bis dato fast täglich in AN und AZ zu finden) veranlasste die Fraktion im Schulausschuss eine Stellungnahme von der Städteregion zur prekären Situation der regionalen Förderschulen sowie zu den Umständen der Suspendierung des Schulamtsdirektors zu fordern.	Bildung/Inklusion	Die Mitteilungsvorlage beinhaltete den Schriftverkehr der Städteregion mit der Bezirksregierung Köln, sowie ein Schreiben der zuständigen Ministerin Löhmann. Städteregionsrat Etschenberg selbst teilte mit, dass es laut Bezirksregierung zukünftig mehr Förderschullehrer für die Städteregion geben wird.

Kontakt:

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag

Haus der Städteregion
Zollernstr. 16, Raum E 180
52070 Aachen

Tel. 0241/5198-3305
Fax. 0241/5198-2398

E-Mail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de
www.dielinke-staedteregionstag.de

www.facebook.com/linksfraktionstaedteregionaachen
www.wir-online.org/

Fraktionsvorstand und Geschäftsstelle:

- Harald Siepmann, Vorsitzender
- Marika Jungblut, stellv. Vorsitzende
- Uwe F. Lühr, Finanzverantwortlicher
- Helga Ebel, Beisitzerin
- Monika Gottfried, Beisitzerin
- Manfred Lutter, Beisitzer

Fraktionsmitarbeiterin: Annette Frankenberger

Das Haus der Städteregion ist mit dem ÖPNV gut erreichbar, am besten mit den Linien 3a, 3b, 7, 13a, 13b, 27, 33, 34, 37, 57, 77 bis Haltestelle Normaluhr. Der Hauptbahnhof ist zu Fuß in 5-7 Minuten erreichbar.

V.i.S.d.P: Harald Siepmann (Fraktionsvorsitzender), Zollernstraße 17, 52070 Aachen
Bilderverzeichnis: Fraktion DIE LINKE, Marika Jungblut, Manfred Schallenberg, Harald Siepmann
Druck: Image-Druck GmbH, 52072 Aachen